



Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland?

7. Mai 2024

Florian Rötzer

39 Kommentare



Zwei Millionen Männer könnten nach antikorp.com.ua mit dem Mobilisierungsgesetz „automatisch“ zum Kriegsdienst eingezogen werden.

Ukraine als Warnung: Hunderttausende Ukrainer sind vor dem Kriegsdienst ins Ausland geflohen, viele verstecken sich im Land, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde abgeschafft.

Wir haben Overton-Leser gefragt, ob Deutschland der Forderung der ukrainischen Regierung nachkommen und dabei helfen soll, ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter, die keinen Kriegsdienst leisten wollen, in ihr Land zurückzubringen ([Sollen ukrainische Männer aus Deutschland zum Kriegsdienst in ihr Land zurückgeschickt werden?](#)). Fast alle, die bislang teilgenommen haben, lehnen es ab, Wehrpflichtige, die nicht in den Krieg ziehen und die Waffe ergreifen wollen, zur Rückkehr zu zwingen, beispielsweise indem keine Ersatzdokumente ausgestellt werden, wenn der Reisepass verfallen ist, oder durch Kürzung oder Streichung der Gelder.

Natürlich ist Overton auch mit seinen Lesern alles andere als repräsentativ, aber ich könnte mir schon vorstellen, dass wenige Deutsche es befürworten würden, Druck auf die hier lebenden Ukrainer auszuüben, um sie an die Front zu bringen, um zu töten oder getötet zu werden. Das, was jetzt in der Ukraine und in den Unterstützerländern geschieht, sollte man durchaus in Verbindung mit der aufkommenden Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland sehen ([Bist du bereit, für Deutschland zu sterben?](#)). Nach Umfragen ist etwas mehr als die Hälfte für eine Wehrpflicht, je älter, desto mehr. Und die CDU hat das Thema auch schon aufgegriffen und [will sie wieder einführen](#).

Nach einer [forsa-Umfrage im März](#) sprachen sich insgesamt 52 Prozent für die Wehrpflicht aus. Die jungen Menschen sind verständlicherweise nicht so begeistert, vor allem die jungen Frauen (18-29 Jahre) lehnen sie mit 68 Prozent ab, die jungen Männer mit 52 Prozent. Bei den Über-60-Jährigen, die aus dem Schneider wären, haben sich mit 59 Prozent am meisten dafür ausgesprochen. Interessant ist, dass die Grünen- und FDP-Wähler überwiegend die Wehrpflicht ablehnen, bei den SPD-Anhängern waren 51 Prozent dafür, während es bei der Union und der AfD 67 und beim BSW sogar 68 Prozent sind. Linke kamen in der Umfrage offenbar nicht vor.

Bei einer nicht-repräsentativen [Online-Umfrage des MDR](#) Mitte April, an der 25.000 Menschen teilnahmen, waren 62 Prozent für die Wiedereinführung. Wieder wird sie bei den jungen 16-29-Jährigen überwiegend abgelehnt, während die Älteren dafür sind. Bei einer [Ipsos-Umfrage](#) im März war ebenfalls eine Mehrheit von 61 Prozent für die Wehrpflicht und insgesamt eine Mehrheit bei den Anhängern aller Parteien, hier auch bei den Linken, BSW kam hier nicht vor. Für 43 Prozent sollte eine künftige Wehrpflicht für alle Geschlechter gelten, 18 Prozent würden sie nur für Männer befürworten. 29% sind gegen eine Wehrpflicht. Bei einer [Civey-Umfrage](#) für die Welt im Mai sprachen sich 62 Prozent für die Wehrpflicht aus, 12 Prozent waren unentschieden und 26 Prozent

lehnten sie ab.

Die Ukraine erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit der Einführung des Kriegsrechts nicht mehr an. Daher dürfen nach [Ansicht](#) von Connection e.V., der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) und der Evangelische Arbeitsstelle für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) ukrainische Männer, die keinen gültigen Pass haben, nicht ausgewiesen werden. „Die Ukraine erkennt das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an“, so heute Rudi Friedrich von Connection e.V. „Am 2. Mai erst hatte der Oberste Gerichtshof der Ukraine [das Urteil gegen den Kriegsdienstverweigerer Mykhailo Yavorsky](#) bestätigt. Damit verstößt die Ukraine gegen die Menschenrechte. Es sind bereits mehrere Urteile zu mehrjährigen Haftstrafen gegen Kriegsdienstverweigerer bekannt geworden.“ Es würden sich derzeit viele Ukrainer an Connection wenden, „um zu erfahren, wie sie einer Rekrutierung und Strafverfolgung entgehen können“. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist nach den Friedensorganisationen „ein für alle Menschen gültiges und unveräußerliches Menschenrecht, das auch in Zeiten eines Krieges zu gelten hat“.

Am 15. Mai ist übrigens der [Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung](#), an dem Aktionen stattfinden. Gestartet wird auch von zahlreichen Organisationen die globale Aktion [RefuseWar](#), um sich „Militarisierung, Krieg und Kriegsdienst“ zu widersetzen.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kann, wie eben das Beispiel der Ukraine als EU-Beitrittskandidat zeigt, gebrochen werden – und das mit Verständnis von deutschen Politikern. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist zwar nach dem Europäischen Gericht für Menschenrechte ein [Menschenrecht](#) und ist auch im Grundgesetz verankert. Dass es garantiert bleibt, darauf kann man sich nicht verlassen. Im Kriegsfall könnte eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags das Recht aussetzen, um dann wie in der Ukraine die Jagd auf die Wehrpflichtigen zu beginnen.

Soll in Deutschland die Wehrpflicht wieder eingeführt werden?

- Ja
- Nein, auf keinen Fall
- Nur in einem Verteidigungsfall, wenn Deutschland angegriffen wird

[Ergebnisse](#)

Ähnliche Beiträge:

- [Das Aussetzen der Wehrpflicht – ein politischer Fehler](#)
- [Wehrpflicht: Ja oder nein?](#)
- [Die Masse der ukrainischen Kriegsdienstverweigerer durchkreuzt Nato-Interessen](#)
- [„No Means No“ – Kriegsdienstverweigerer gibt es in Russland, in Belarus und auch in der Ukraine](#)
- [Frauen und Männer driften politisch in unterschiedliche Richtungen](#)

teilen

teilen

teilen

E-Mail

teilen



Unterstützen Sie das Overton Magazin und seine Unabhängigkeit!

Schlagwörter: [Kriegsdienstverweigerung](#), [Menschenrechte](#), [Ukraine-Krieg](#), [Wehrpflicht](#)

39 Kommentare